

Finanzielle Lage im Rentenalter: Abgeordnete sehen Handlungsbedarf – Neuer Armutsbericht gewünscht

Altersarmut Im Rahmen der Beantwortung der VU-Interpellation zur finanziellen Situation im Rentenalter kritisierten mehrere Abgeordnete die «positive Darstellung» der Regierung. Sie sehen Handlungsbedarf und fordern zusätzliche Informationen.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Regierung beschäftigte sich seit Sommer 2018 mit gleich zwei Interpellationsbeantwortungen zur finanziellen Lage der Rentner, die jeweils verschiedene Bereiche abdecken. Auch wenn sich Abgeordnete und der Gesellschaftsminister gewünscht hätten, dass diese gemeinsam behandelt werden, hat es jedoch nur jene der VU in die gestrige Landtagsitzung geschafft.

Um die relative Altersarmut in Liechtenstein abzubilden, wollten die VU-Interpellanten von der Regierung wissen, wie viele Rentner Ergänzungsleistungen zur AHV-Rente beziehen. Basierend auf diesen Daten zeigt sich jedoch in den vergangenen zehn Jahren keine Veränderung der Bezieher von Ergänzungsleistungen (das «Volksblatt» berichtete). Für Mitinterpellantin Violanda Lanter (VU) ergibt sich daraus, dass die Quote der Ergänzungsleistungen als



Vier Prozent Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag sind für Wendelin Lampert (FBP) zu wenig. (Fotos: Michael Zanghellini)

Indikator für Altersarmut nicht ausreiche. Zusätzliche Informationen habe sie sich aus der erst am Donnerstag veröffentlichten Beantwortung der Folgeinterpellation des Abgeordneten Johannes Kaiser (PF) erhofft, deren Erkenntnisse in der gestrigen Debatte fehlten. Das Fazit zeige jedoch, dass die Regierung weiterhin keinen Handlungsbedarf bei der Altersarmut sehe, so Lanter. Die Interpellationsbeantwortung zeichne das Bild funktionierender Sozialwerke, fasste Gesellschaftsminister Pedrazzini vor dem Landtag zusammen. Und selbst das beste Pensionskassensystem könne wahrscheinlich

nicht verhindern, dass ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung auf Zusatzleistungen angewiesen sei.

Erhöhte Pensionskassenbeiträge

Die Abgeordneten sahen dennoch Handlungsbedarf. So wurde beispielsweise seitens Thomas Lageder (FL) und Wendelin Lampert (FBP) der Pensionskassen-Satz von vier Prozent für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerade auch im Hinblick auf das Tiefzinsumfeld und die längere Lebenszeit nach der Rente kritisiert. Diese müssten zumindest auf das Niveau der Schweiz angehoben werden, so Lampert. Lanter wünsch-

te wiederum, dass steuerliche Anreize für eine private Altersvorsorge (3. Säule) geschaffen werden. Auf die Kritik, dass die steigenden Lebenshaltungskosten bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen zu wenig berücksichtigt würden, unterstrich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, dass seit 2011 entgegen subjektiver Wahrnehmungen keine Teuerung, sondern eine Deflation vorliege.

Aussagekräftige Daten gewünscht

Recht deutlich war gestern die Forderung nach zusätzlichen Informationen. Es brauche Zahlen, Daten,

Fakten zu aktuellen und künftigen Entwicklungen der finanziellen Situation der Rentner, so Mario Wohlwend (VU). Gerade die Entscheidung der Regierung, nach 2008 keinen dritten Armutsbericht veröffentlichten zu wollen, stiess zudem auf deutliche Kritik. Laut Günter Vogt (VU) eine «enttäuschende Aussage», gerade auch, da zyklische Nachvollziehbarkeit wichtig sei. «Schaffen Sie Vergleichbarkeit, Herr Gesellschaftsminister», richtete er sich an die Regierungsbank. Pedrazzini versicherte, dass er sich den Armutsbericht noch einmal ansehen würde. Generell sei es jedoch so, dass heute bereits weit genauere Statistiken zur Thematik vorliegen würden. Ein detailliertes Bild der finanziellen Situation der liechtensteinischen Rente, als es die beiden Beantwortungen liefern würden, sei zudem nicht möglich. Diese würden auf den detailliertesten Daten basieren (AHV und Steuererklärungen), die der Regierung vorliegen. Alles andere würde gläserne Bürger bedingen, die es hierzulande glücklicherweise nicht gebe, so der Gesellschaftsminister.

Nach einer Stunde wurde die Diskussion vorläufig beendet, es ist jedoch zu erwarten, dass sie spätestens, wenn die Ergebnisse der Interpellation des Abgeordneten Johannes Kaiser im Mai-Landtag behandelt werden, wieder aufgenommen wird.